

## ES GIBT IMMER EINE ALTERNATIVE – Beispiele für eine mögliche Umkehr der Wirtschaftspolitik von und in der EU

1. Neoliberale Wirtschaftspolitik .....	58
2. Der andere, bessere Weg .....	63
3. Eine breite Palette an wirtschaftspolitischem Handlungsspielraum .....	64
4. Zusammenfassung .....	77

Auszug aus WISO 1/2005

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

**Rainer Bartel**

Amt der Oö.  
Landesregierung  
und Dozent für  
Volkswirtschaft an  
der Johannes Kepler  
Universität Linz

**Judith Vorbach**

Mitarbeiterin am  
Institut für Sozial-  
und Wirtschafts-  
wissenschaften in  
Linz

## 1. Neoliberale Wirtschaftspolitik

*(neo-)liberale  
Wirtschafts-  
politik und  
wirtschaftliche  
Macht*

Das Wesen liberaler Wirtschaftspolitik bestand einst (klassischer ökonomischer Liberalismus) und besteht jetzt (Neoliberalismus) in einer Befreiung von staatlichen Einschränkungen privaten Wirtschaftens. Damit wird aber vor allem jenen gegeben, welche die wirtschaftliche Macht besitzen, die sich dabei eröffnenden Möglichkeiten effektiv zu nützen. Indes verlieren hauptsächlich jene, welche wirtschaftlich nicht hinreichend potent sind, um die eröffneten Freiheiten überhaupt richtig nützen zu können.<sup>1</sup> Damit allerdings demokratische Mehrheiten gefunden werden, um wirtschaftspolitisch liberalisieren zu können, sind einige taktisch-rhetorische Tricks nötig.

### 1.1. Die Rhetorik der sieben Tricks

*Auf gesamt-  
wirtschaftlicher  
Ebene gelten  
andere  
Entscheidungs-  
kriterien als bei  
privaten  
Haushalten und  
Unternehmen.*

Erstens bedient man sich – in analytisch unzulässiger Weise – der dem Menschen geläufigsten Analogien. Man bemüht den Vergleich mit ökonomischen Entscheidungssituationen eines privaten Haushalts und eines gewinnorientierten Unternehmens, um daraus die Richtigkeit gesamtgesellschaftlichen, staatlichen, volkswirtschaftspolitischen Verhaltens abzuleiten. Doch genau darin liegen die Unzulässigkeit und der Trick: Die Rationalität einer einzelnen Entscheidungseinheit auf dem Markt ist ganz typisch eine andere, als es die Rationalität einer wirtschaftspolitischen Instanz sein muss. Friedrich Dürrenmatt drückt es als Schriftsteller so aus: „Was alle angeht, können nur alle lösen. Jeder Versuch eines Einzelnen, für sich zu lösen, was alle angeht, muss scheitern.“ Daher muss sich die Politik anders verhalten als ein nutzen- bzw. gewinnmaximierendes Individuum. Folglich sind auch die neoliberalen Forderungen falsch: Wir alle müssen sparen, damit wir besser leben; wir alle müssen Kosten senken, damit wir mehr Gewinn machen; wir alle müssen nur dem Prinzip Leistung folgen, damit wir die sozialen Probleme lösen. Nein, vielmehr gilt: Wenn die Einzelnen sparen wollen, soll der Staat

entsparen; wenn die Einzelnen die Kosten senken wollen, soll der Staat für Einkommen und kaufkräftige Nachfrage sorgen; wenn die Einzelnen nur dem Leistungsprinzip folgen wollen, soll der Staat den fehlenden, aber nötigen sozialen Ausgleich herstellen.<sup>2</sup>

Zweitens ist es ein Trick, die Regelmäßigkeiten im Verhalten der MarktteilnehmerInnen – nichts anderes ist das Verhalten der Märkte – als ehernes Gesetze darzustellen, die der Mensch mit Hilfe des öffentlichen Sektors und mit den Mitteln der Politik nicht verändern soll. Das ist die Verurteilung zur wirtschaftspolitischen Untätigkeit, die angesichts der permanenten und gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme besonders schwer wiegen würde. Insbesondere wird dabei übergangen, dass einerseits selbst auf prinzipiell funktionsfähigen Märkten Konjunktur-, Verteilungs-, Wachstums- und Umweltprobleme ebenso systematisch auftreten, wie sie aktiv zu bekämpfen wären; Marktversagen kann der Markt nicht beseitigen. Andererseits ist die Funktionsfähigkeit der Märkte ordnungs- und regulierungspolitisch zu gewährleisten. Fehlen die Voraussetzungen für das Funktionieren eines Marktes – vor allem Machtfreiheit – überhaupt, so können machtfreuzerrte Marktverhandlungen den Markt nicht machtfrei machen.

*Das Verhalten der Märkte ist kein ehernes Gesetz, das vom Menschen nicht verändert werden darf.*

Drittens ist es ein Trick, mit Angst zu arbeiten. Zum Beispiel: Wenn wir uns nicht sofort und nahezu bedingungslos den Gesetzen des Marktes unterordnen, werden wir alle verlieren und unser aller wirtschaftliche Zukunft wird düster sein. Man arbeitet mit Drohbotschaften statt Frohbotschaften. Dadurch wird Politik von der Kunst des Möglichen zur Kündlerin des Unmöglichen, zur Politik der vermeintlichen oder vorgeblichen Sachzwänge, zum Dilettantismus, der seinen Wert nur in sich selbst hat, zum Diktat der unvollkommenen und wirtschaftspolitisch ungepflegten Märkte.

*Politik: Kunst des Möglichen oder Kündlerin des Unmöglichen?*

Viertens hat man es offensichtlich doch geschafft, dass die Mehrzahl der WählerInnen den neoliberalen Kräften (die

*Eine wirtschaftliche Verschlechterung in der Gegenwart beeinträchtigt auch die zukünftige Entwicklung.*

Konservativen sind längst wirtschaftsliberal geworden) die Lösung von Struktur- und Wachstumsproblemen eher zutraut als der Sozialdemokratie, der ihre Stärken eher in der Konjunktur- und Sozialpolitik zugeschrieben werden. Das funktioniert mit dem simplen Trick zu behaupten, die Gegenwart hätte mit der Zukunft nichts zu tun, und bedeutet Folgendes. Unsere langfristige Entwicklung steht auf dem Spiel und ist für uns viel wichtiger als die momentane Lage. Wollen wir unsere Wohlstandsentwicklung wahren, müssen wir Opfer bringen, uns also einschränken, obwohl dies die gegenwärtige Lage verschlimmert.<sup>3</sup> Konjunktur und Verteilung einerseits, Struktur und Wachstum andererseits seien zwei verschiedene Paar Schuhe. Was dabei Wesentliches übersehen wird, ist, dass eine wirtschaftliche Verschlechterung in der Gegenwart wohl auch eine Beeinträchtigung unserer Lebensqualität selbst in fernerer Zukunft bedeutet.

*Sozial stabilisierende Maßnahmen sollen nicht stets in die Zukunft verschoben werden.*

Fünftens werden konjunkturstärkende und zugleich sozial stabilisierende Maßnahmen stets in die Zukunft verschoben. Kaufkraftstärkende Lohnerhöhungen werden das eine Mal wegen schlechter Konjunktur und scharfen Preiswettbewerbs abgelehnt, das andere Mal wegen guter Konjunktur und beschleunigter Inflation. Man blendet dabei aus, dass die Gegenwart die Zukunft nie einholen kann, und vertröstet jene, welche die Nachteile tragen müssen, mit der vagen Aussicht, dass der zunehmende Wohlstand der wirtschaftlich Mächtigen mit der Zeit zu den unteren Schichten der sozialen Hierarchie durchtröpfeln wird („trickle-down economy“) – etwa durch länger Arbeiten und deshalb mehr Verdienen? Oder aber man verbindet die speziellen Interessen der eigenen politischen Klientel mit nachfragestützenden Maßnahmen (an deren Wirkung man offensichtlich doch glaubt, falls man hauptsächlich selber einen großen Vorteil daraus ziehen kann) und etikettiert diese Maßnahmen um. Gewinnerhöhende Steuersenkungen heißen dann Strukturpolitik, Budgetdefizite für Aufrüstung heißen dann Sicherheitspolitik u. dgl. m. Nachfragestärkung wird als angebotsorientierte Wirtschaftspolitik angepriesen.

Sechstens propagiert man, es werde uns allen unter dem Regime liberaler Märkte besser gehen. Das mag stimmen, sofern man das (utilitaristische) Konzept des klassischen ökonomischen Liberalismus verwendet, wo nur die Gesamtgröße des Wohlergehens betrachtet wird – nicht aber die Verteilung der Gesamtwohlfahrt auf die einzelnen Menschen mit ihren persönlichen Nutzen. Sieht man sich aber die personale Struktur der gesellschaftlichen Wohlfahrt an, so kann es durchaus sein, dass Teile der Bevölkerung in ihrem Nutzen schlechter gestellt werden, obwohl der Gesamtnutzen wächst.<sup>4</sup> Ist das sozialer Fortschritt?

*Gesamtwohlfahrt  
und deren  
Verteilung*

Siebtens und nicht zuletzt beruht das Übermitteln der wirtschaftsliberalen Botschaft und das Einnehmen der politischen Mehrheit durch sie auf so genannten diskursiven Strukturen.<sup>5</sup> Einfache Stehsätze, die für sich genommen leicht akzeptiert werden mögen (einfache, aber falsche Analogien), werden (meist von öffentlich bekannten Personen) so oft wiederholt, bis sie durch das Wiederholen und Nachsagen unbewusst für Wahrheiten gehalten werden. Zum Beispiel: Die Finanzmärkte haben immer Recht. Oder: Die Staatsschulden müssen zurückbezahlt werden. PolitikerInnen werden also zu Sprechautomaten.

*Einfache  
Stehsätze  
werden durch  
ständige  
Wiederholung zu  
„Wahrheiten“!*

Insgesamt gesehen, läuft die neoliberale Strategie auf eine Aussage hinaus: TINA („there is no alternative“, wie Margaret Thatcher es prägte), es gäbe keine Alternative, keinen besseren Weg für die Menschen.

## 1.2. Die Ernüchterung der Realität

Aus Platzgründen sei hier nur ganz allgemein und kurz darauf hingewiesen, dass sich selbst nach etwa 25 Jahren neoliberalen Kurses die prophezeiten wirtschaftlichen und sozialen Erfolge nicht eingestellt haben.

*Die prophezeiten  
Erfolge des  
Neoliberalismus  
bleiben aus.*

Im neoliberalen Europa sind die realen Wachstumsraten der Wirtschaft im Großen und Ganzen so niedrig, dass sie nicht

*geringeres  
Wachstum*

- hohe Arbeitslosenquoten* im Stande sind, die Arbeitslosenquoten von ihrem seit den späten 1970er- bzw. frühen 1980er Jahren weit überhöhten auf ein befriedigendes Niveau herunterzubringen. Doch selbst in den USA sind die Arbeitslosenquoten nicht niedriger als in den relativ wenigen Niedrigarbeitslosigkeitsländern der EU.<sup>6</sup>
- weltweites Wachstum sehr unausgewogen* Das weltwirtschaftliche Wachstum verläuft sehr unausgewogen, und zwar zwischen den Kontinenten, den Nationen und selbst den Regionen innerhalb der EU.<sup>7</sup> Steigender Reichtum geht hartnäckig mit zunehmender Armut einher.
- Österreich: Abnahme der realen Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen* Selbst in Österreich, dem laut Eurostat im Jahr 2003 viertreichsten Land der EU,<sup>8</sup> haben die realen Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen in den vergangenen zehn Jahren abgenommen.<sup>9</sup> Die Armutskonferenz schätzt die hiesige Zahl der Menschen ohne Krankenversicherungsschutz auf 160.000 und kritisiert, dass in der Gesundheitspolitik zu wenig Augenmerk auf die sozialen Lebensbedingungen gelegt werde.<sup>10</sup> 63 % der ÖsterreicherInnen sehen eine Vergrößerung der Kluft zwischen Reichen und Armen über die letzten fünf Jahre.<sup>11</sup> Laut Eurostat waren 2002 in Österreich 7 % der Bevölkerung akut und 12 % vorübergehend armutsgefährdet (in der EU-15 waren es sogar 9 bzw. 15 %).
- Führt weltwirtschaftliche Integration zu Wohlstandsvermehrung?* Die Zivilgesellschaft setzt den globalen wirtschaftlichen Liberalisierungsbestrebungen aus sozialen Gründen bereits wirksamen Widerstand entgegen. Ökonomen sehen deswegen die Globalisierung – samt ihren realen und potenziellen ökonomischen Vorzügen – ernsthaft gefährdet.<sup>12</sup> Unter den strukturellen und wirtschaftspolitischen Bedingungen der neoliberalen Ära ziehen einige (wenige) ÖkonomInnen den Zusammenhang zwischen weltwirtschaftlicher Integration und Wohlstandsmehrung empirisch in Zweifel.<sup>13</sup>

## 2. Der andere, bessere Weg

Angesichts der theoretischen Argumente und statistischen Hinweise, die wir bislang vorgebracht haben, erscheint es klar, dass es immer eine Alternative gibt und dass der soziale Weg – es handelt sich um kommunitaristisches Gedankengut, dass, wie der Name sagt, Gemeinschaftsinteressen ins Zentrum gesellschaftlicher Überlegungen stellt<sup>14</sup> – der bessere wirtschaftspolitische Weg ist. Denn Marktversagen kann nicht durch Marktaktivitäten, sondern nur durch aktive Wirtschaftspolitik korrigiert werden. In der gebotenen Kürze weisen wir nur auf die wichtigsten theoretischen Elemente der von uns gemeinten alternativen Wirtschaftspolitik hin.

*Korrektur von  
Marktversagen  
durch aktive  
Wirtschaftspolitik*

### 2.1. Beschäftigungswirksame Nachfrage und nachhaltiges Wachstum statt wirtschaftlicher Magersucht

Nicht nur konjunkturelle Arbeitslosigkeit ist die Folge unzureichender beschäftigungswirksamer Güternachfrage („effektive Nachfrage“). Auch strukturelle Arbeitslosigkeit kann (zumindest besser) überwunden werden, wenn die Güternachfrage auf mittlere Frist hinreichend hoch ist.<sup>15</sup> Daher leistet eine unablässige und entschiedene nachfragepolitische Stabilisierung der Produktion auf einem hohen Expansionspfad einen positiven Beitrag selbst zum langfristigen Wachstum.<sup>16</sup> Die Tendenz der Wirtschaft zu einer niedrigen normalen Wachstumsrate kann vielmehr mit der restriktiven Geldpolitik mächtiger Zentralbanken erklärt werden, welche die Inflationsrate niedrig halten wollen und dabei Produktion, Beschäftigung und Wachstum schädigen.<sup>17</sup> Hingegen vereint eine expansive Infrastrukturpolitik in sich sowohl einen relativ hohen Einkommenseffekt<sup>18</sup> als auch einen Stimulationseffekt für das Wachstum<sup>19</sup>.

*Nachfrage-  
politische  
Stabilisierung  
der Produktion  
kann positiven  
Beitrag zu  
langfristigen  
Wachstum  
leisten.*

## 2.2. Soziale Gerechtigkeit schließt wirtschaftspolitische Effizienz nicht aus

*weniger Sparen  
– mehr Reichtum*

Aufbauend auf der Theorie der effektiven Nachfrage wollen wir einen Weg finden, Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit gemeinsam anzustreben. Dabei steht zum einen die Reduktion der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis (Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage) im Zentrum, zum anderen die tendenzielle Angleichung der stark unterschiedlichen personellen Einkommensverhältnisse. Beides passt gut zusammen. Gleichere verfügbare Einkommen bedingen weniger Ersparnis (die Reicheren, von denen genommen wird, geben ja prozentuell viel weniger von ihrem Einkommen für Güter aus als die Ärmeren, denen gegeben wird).<sup>20</sup> Mehr Güternachfrage steigert Beschäftigung, Einkommen und letztlich auch Ersparnis. Die Gesellschaft muss also zunächst weniger sparen, um danach reicher werden und folglich wieder mehr sparen zu können.<sup>21</sup> Das zeigt sich auch empirisch in vielen Untersuchungen.<sup>22</sup> Die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums und infolgedessen die Niedrighaltung der Arbeitslosenquote<sup>23</sup> muss nicht nur in ökologischer Hinsicht, sondern auch in ökonomischer Hinsicht (gleichmäßigere Verteilung und höhere Kaufkraft) wie in sozialen Belangen (Wahrung des sozialen Friedens) durch die Wirtschaftspolitik gewährleistet werden.

## 3. Eine breite Palette an wirtschaftspolischem Handlungsspielraum

*„TINA-  
Philosophie“ ist  
unbegründet*

Andere Wege, abseits des neoliberalen Mainstreams, sind aber nicht nur theoretische Überlegungen. In zahlreichen Programmen und Konzepten verschiedener politischer AkteurInnen finden sich kritische Analysen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik und allgemeine und konkrete Vorschläge zu deren Neugestaltung, die darauf hinweisen, dass der düstere Fatalismus der „TINA-Philosophie“ unbegründet ist.



Im Rahmen dieses Artikels ist eine inhaltlich umfassende Wiedergabe der jeweiligen Papiere unmöglich und wenig sinnvoll. Bei der Lektüre sollte also beachtet werden, dass die vorgestellten Punkte nur Teilauszüge der jeweiligen Konzepte sind und somit die Konzepte selbst nur sehr eingeschränkt widerspiegeln.

In erster Linie wird im Folgenden auf die aktuelle Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene eingegangen. Einerseits ist Österreich massiv davon betroffen, andererseits ist die Darstellung wesentlicher wirtschaftspolitischer Instrumente (wie z. B. der Geldpolitik) nur im gesamteuropäischen Kontext sinnvoll.

### **3.1. Lamy-Report: Ein europäisches Modell einer sozialen Marktwirtschaft**

„Lamy-Report“ ist die Kurzbezeichnung des Berichts an die Europäische Sozialdemokratische Partei (ESP bzw. SPE) zur politischen Agenda der EU 2005–2009, der von der „Hochrangigen Gruppe“ unter dem Vorsitz von Pascal Lamy (Außenhandelskommissar 1999–2004) erstellt wurde. Der Bericht schlägt allgemeine politische Ausrichtungen, aber auch 60 konkrete Empfehlungen vor. Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass ein „*europäisches Modell einer sozialen Marktwirtschaft*“ anzustreben sei. Um das zu erreichen, bedarf es u. a. folgender Maßnahmen<sup>24</sup>:

*ein  
„europäisches  
Modell einer  
sozialen  
Marktwirtschaft“*

#### **3.1.1. Förderung der wirtschaftspolitischen Koordination**

Eine Schwäche der europäischen Wirtschaftspolitik ist ein Mangel an Koordinierung. Notwendig ist nicht nur eine Überprüfung der drei Schlüsselinstrumente selbst – des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Grundzüge der Wirtschaftspolitik, der Lissabon-Strategie –, sondern auch deren effektivere Abstimmung aufeinander.

*wirtschafts-  
politische  
Koordination*

*Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts* Bei einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts müssen die jeweiligen wirtschaftspolitischen Konzepte der einzelnen Mitgliedstaaten auch im Hinblick auf eine einheitliche Währungspolitik so koordiniert werden, dass diese im Sinn einer allgemein akzeptierten Gesamtkonzeption tatsächlich gut zusammenwirken. Hilfreich wäre ein öffentliches europäisches Forum für die nationalen Haushaltsdebatten. Es sollte ein globales Defizitziel für die Eurozone festgelegt und gleichzeitig die länderspezifischen Einzelheiten je nach ihrer Situation im Konjunkturzyklus berücksichtigt werden.

*Unlauterer Steuerwettbewerb ist eine Bedrohung für den europäischen Zusammenhalt.* Unlauterer Steuerwettbewerb stellt eine Bedrohung für die Kohäsion der EU dar. Steuerhinterziehung und -umgehung bringen die Budgets in Bedrängnis und die Steuerlast wird auf den unbeweglichsten Produktionsfaktor, die Arbeit, abgewälzt. Steuerwettbewerb unter den Mitgliedstaaten, der zu einer immer niedrigeren Besteuerung (Anm.: vor allem der Unternehmen) führt und somit die Steuerbasis und den Spielraum für öffentliche Ausgaben mindert, untergräbt die interne Solidarität und langfristig die ökonomische Effizienz. Konkret sollte an einer schrittweisen Harmonisierung der nationalen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlagen gearbeitet werden, was als ein Schritt zu einer möglichen Annäherung der Körperschaftssteuersätze verstanden werden kann.

### 3.1.2. Förderung öffentlicher und privater Investitionen

*zu geringes Investitionsvolumen von öffentlicher und privater Seite* Das geringe Wachstum der EU-Wirtschaft steht nicht zuletzt in Zusammenhang mit dem unzulänglichen Investitionsvolumen von öffentlicher und privater Seite. Zum Vergleich: Der Wert der öffentlichen Bruttoinvestitionen lag Anfang der 1970er Jahre bei 4 % des BIP und beträgt heute in der Euro-Zone nur mehr 2,4 %. Diese Entwicklung schwächt Europas Wachstumsbilanz kurzfristig und unterminiert langfristig das Wachstumspotenzial. Richtige Schritte, wie beispielsweise die im Dezember 2003 verabschiedete europäische Wachstumsinitiative<sup>25</sup>, sollten daher als Bestandteil der Lisbon-Agenda in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2005

formuliert werden. Die Mitgliedstaaten sollten unter bestimmten Voraussetzungen ermutigt werden, ihre „intelligenten“ öffentlichen Nettoinvestitionen (etwa in die Bereiche F&E und Infrastruktur) zu steigern, indem nationale und transnationale öffentliche Investitionsprojekte mit ausreichendem sozialen Nutzen identifiziert werden.

### 3.1.3. Förderung der sozialen Kohäsion

Auf europäischer Ebene sollte die Einhaltung einer Corporate Social Responsibility (CSR) durch multinationale Unternehmen mit Tätigkeit und/oder Sitz innerhalb der EU überwacht werden. Es könnte ein CSR-Level für die Produktkette entwickelt werden, der der breiten Öffentlichkeit verlässliche Informationen über das Verhalten bestimmter Unternehmen liefert. Zu den möglichen Beurteilungskriterien gehören u. a. ILO-Arbeitsstandards, die UN-Charta für Menschenrechte, Kriterien zu Korruption, Fair-Trade-Grundsätze und Umweltnormen.

*soziale  
Verantwortung  
multinationaler  
Unternehmen*

### 3.2. Europäischer Gewerkschaftsbund: Lissabon-Strategie als „Synergiepolitik“

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) weist auf die ursprüngliche Intention der Lissabon-Strategie hin: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik können und müssen sich gegenseitig positiv verstärken und fördern. Anstelle von Lohnkürzungen und eines Wettbewerbs im „Verschlechtern von Arbeitsbedingungen“ sollte die Strategie auf Innovation und der Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Produktivität und guter Qualität beruhen.<sup>26, 27</sup>

*Wirtschafts-,  
Sozial- und  
Umweltpolitik  
können und  
müssen sich  
gegenseitig  
positiv  
verstärken.*

Mit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik wird dies nicht erreichbar sein: Die Konzentration nur auf Strukturreformen und die übertriebene Betonung von „*stability nothing but stability*“<sup>28</sup> haben bisher nicht den erhofften Erfolg gebracht. Anstatt für immer mehr Reformen in diese Richtung zu plädieren und ständig die Regierungen der „Nicht-Implementation“ der Reformvorschläge anzuklagen, sollte vielmehr der Frage nachge-

*Grundlegende  
Überprüfung der  
gegenwärtigen  
Politik ist  
dringend  
notwendig.*

gangen werden, woher die „Langsamkeit“ in der Umsetzung rührt. Tatsächlich wurde das Wort „Strukturpolitik“ zum Code für Deregulierung, unbegrenzte Flexibilität, die Schwächung der Rechte der ArbeitnehmerInnen, Lohnkürzungen und den Abbau von Sozialstandards. Eine grundlegende Überprüfung der gegenwärtigen Politik ist dringend notwendig. Dazu bietet die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie eine gute Gelegenheit. Der EGB unterbreitet für eine Trendwende der europäischen Wirtschaftspolitik u. a. folgende Vorschläge:

### **3.2.1. Das Soziale Europa zum Kern des Lissabon-Prozesses machen: Sozialpolitik als Chance, die Produktivität zu erhöhen**

*ein soziales UND  
wettbewerbs-  
fähiges Europa*

Das „soziale Europa“ ist nicht eine „finanzielle Belastung“, die der Wettbewerbsfähigkeit zuwiderläuft, sondern bietet vielmehr eine Chance für deren Verbesserung, für ein höheres Wirtschaftswachstum und für mehr Beschäftigung. Aus einem Vergleich der Daten betreffend Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt, Kinderarmut und Verteilung wurden zwei wesentliche Erkenntnisse gezogen:

- Ökonomischer Erfolg geht nicht automatisch mit sozialpolitischem Erfolg einher. Arbeitsplatzbeschaffung alleine ist zu wenig; zur Erhöhung der sozialen Wohlfahrt bedarf es gleichzeitig einer entsprechenden Sozialpolitik.
- Es muss nicht zwangsweise zu einem Trade-off von Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Zusammenhalt kommen. Vielmehr kann Sozialpolitik als bedeutende Triebfeder für Produktivität wirken.<sup>29</sup>

Ein bestimmter Mix an Sozialpolitik scheint sehr gut geeignet, um die Lissabon-Strategie der Synergieeffekte zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik umzusetzen. Dazu gehören unter anderem:

- Aktive Arbeitsmarktpolitik in Kombination mit gut ausgebauten Institutionen zur Arbeitsvermittlung
- Verbesserter Zugang zu „lebenslangem Lernen“ für alle ArbeitnehmerInnen<sup>30</sup>
- Verbesserte Sozialleistungssysteme („passive Arbeitsmarktpolitik“), die ein Sicherheitsgefühl geben, um die Veränderungen besser bewältigen zu können, und die gleichzeitig bei der Suche nach neuen Jobs unterstützen
- Politik, um Berufs- und Familienleben miteinander in Einklang zu bringen (beispielsweise gut entwickelte Kinderbetreuungseinrichtungen)
- Politik, die sich gegen wirtschaftliche Diskriminierung und die soziale Kluft zwischen den Geschlechtern engagiert

### 3.2.2. Das Tabu einer aktiven aggregierten Nachfragepolitik brechen

Damit sich Wachstum und Beschäftigung entwickeln können, bedarf es einer Angebotspolitik und einer Nachfragepolitik: *„We can train as many workers as we wish, but this will not create one single extra job when firms do not offer jobs because of lack of demand.“*<sup>31</sup> Der Fokus der makroökonomischen Politik der EU darf nicht mehr länger fast ausschließlich das Ziel „Preisstabilität“ vor Augen haben und dabei gleichzeitig die Nachfrageseite dem Rest der Welt überlassen, indem man auf einen Wirtschaftsaufschwung in den USA setzt und dann auf erhöhte Exporte hofft. Dies ist sehr risikoreich, da einerseits die Exporte nur etwa 12–15 % des BIP ausmachen und gleichzeitig eine sehr zurückhaltende Lohnpolitik betrieben wird, sodass die innereuropäische Nachfrage gedämpft wird. Als zweitgrößter Wirtschaftsraum der Welt muss die EU wieder als *„master of its own economy“*<sup>32</sup> auftreten, indem durch eine aktive Nachfragepolitik wieder eine gewisse Resistenz gegen weltweite ökonomische Konjunkturschocks erzielt werden kann. Dazu kann unter anderem ein „Lisbonising“ des Stabilitäts- und Wachstumspakts beitragen. Die EU kann sich nicht den Luxus leisten, weitere fünf Jahre auf die Elimination der Haushaltsdefizite zu hoffen<sup>33</sup>, ehe massiv in

Angebots- UND  
Nachfragepolitik

Innovation und Forschung und Entwicklung investiert wird. Investitionen, die in die primären Kernbereiche der Lissabon-Strategie getätigt werden, sollten – zumindest was die nächsten paar Jahre betrifft – nicht länger dem öffentlichen Defizit hinzugerechnet werden.

### 3.3. Bundesarbeitskammer (BAK) – Eine faire Verteilung der Modernisierungsgewinne

*Lissabon-Ziel zur Erhöhung der Beschäftigung rückt in immer weitere Ferne*

Die österreichische Bundesarbeitskammer nahm in Form eines Positionspapiers zum Kok-Bericht<sup>34</sup> Stellung<sup>35</sup>: Zwar sind die drei Grundpfeiler der Lissabon-Strategie, nämlich Wirtschaftsreformen, sozialer Zusammenhalt und intakte Umwelt, ausdrücklich zu unterstützen. Die Vorschläge, die im Rahmen des Kok-Berichts gemacht werden, sind aber nicht geeignet, um die Ziele der Lissabon-Strategie doch noch zu erreichen; insbesondere das wichtigste Lissabon-Ziel, die Erhöhung der Beschäftigungsquote auf 70 % im EU-Durchschnitt, rückt in immer weitere Ferne, weil die ExpertInnengruppe in ihrer Analyse nicht konsequent genug nach den Ursachen für die Nichterreichung der Ziele gefragt hat. Ein wesentlicher Grund liegt – nach Meinung der BAK ähnlich wie nach Ansicht des EGB (vgl. oben) – in der einseitigen Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik:

*einseitige Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik*

*„(...), die Gelegenheit, die negative Wirkung der europäischen Wirtschaftspolitik auf die Erreichung der Beschäftigungsziele und des Ziels eines hohen sozialen Niveaus darzustellen, wurde wieder versäumt. (...) Die Folge ist, dass sich die Analysen und Empfehlungen auf strukturpolitische Interventionen beschränken, ohne dass die für Beschäftigungswachstum, Abbau der Arbeitslosigkeit und Erhalt der sozialen Absicherung auf hohem Niveau notwendigen makroökonomischen Grundlagen thematisiert, geschweige denn eingefordert wurden.“<sup>36</sup>*

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt wird am Beispiel der Vorschläge des Kok-Berichts zur Verwirklichung der Wissens-

gesellschaft herausgestrichen: Zwar ist es zu begrüßen, dass Forschung und Entwicklung gefördert, die Vorteile der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien umfassender genutzt und geeignetere Rechtsgrundlagen für die Förderung von Innovation geschaffen werden sollen. Jedoch: *„Es verwundert allerdings, dass sich der Bericht über viele Seiten zu diesen Themen äußert, es aber unterlässt, sich mit gleicher Intensität den Problemen am anderen Ende der Qualifikationsskala zu widmen: (...)“*<sup>37</sup> Diese wären etwa die hohe Zahl der SchulabbrecherInnen oder die Gefahr eines zunehmenden „digital divide“<sup>38</sup>.

Insgesamt wird den Sorgen von Bevölkerungsgruppen, die mit den aktuellen Veränderungen nicht Schritt halten können, kaum Raum gegeben. Deshalb die Kritik: *„Wir glauben aber, dass eine gezielte Modernisierungsstrategie – die, wie vom Bericht zutreffend festgehalten, auch hohe Anpassungskosten von vielen Menschen erfordert – politisch und gesellschaftlich nur dann nachhaltig umgesetzt werden kann, wenn hohes Augenmerk auf eine faire Verteilung der Modernisierungsgewinne und -kosten gerichtet ist.“*<sup>39</sup>

*kaum Raum für die Sorgen jener, die mit den aktuellen Veränderungen nicht Schritt halten können*

### 3.4. Peter Bofingers „andere Meinung“ – Ein Plädoyer für ein Umdenken in der Lohnpolitik

Der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist ein Gremium zur wissenschaftlichen Politikberatung. Er besteht aus fünf Mitgliedern und veröffentlicht dem gesetzlichen Auftrag zufolge u. a. jedes Jahr ein Jahresgutachten.<sup>40</sup> Im Sachverständigenrat werden eher angebotspolitische Thesen propagiert, sodass dem auf Vorschlag der Gewerkschaften nominierten Mitglied des Rates Peter Bofinger (Universität Würzburg) die *„nachfrageseitige Analyse“* zu kurz kommt, was ihm auch die Bezeichnung *„allerletzter Keynesianer“* eingebracht haben dürfte.<sup>41</sup>

Das Jahresgutachten 2004/2005 des Rates trägt den Titel *„Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland“*. Im Kapitel

„Dynamische und wettbewerbsfähige Arbeitsmärkte als Wachstumsmotoren“ werden die Ansichten von Peter Bofinger unter der Überschrift „Eine andere Meinung“ gesondert ausgewiesen.<sup>42</sup> Im Folgenden wird sein Ansatz kurz dargestellt, wobei aus Platzgründen u. a. auf die Überlegungen zur Geldpolitik verzichtet wird:<sup>43</sup>

*„gespaltene  
Konjunktur-  
entwicklung“ in  
Deutschland*

Deutschland ist zurzeit geprägt von einer „gespaltenen Konjunkturentwicklung“: Während sich der Außenbeitrag<sup>44</sup> in Deutschland positiv entwickelte, kam es in den Jahren 2000 bis 2004 zu einer Abschwächung der Binnennachfrage. Dies wirkte sich nicht nur nachteilig auf die Beschäftigung und die Investitionstätigkeit aus, sondern schlug sich auch in einem Rückgang der Wachstumsrate nieder. Es bedarf also dringend Strategien zur Stärkung der Binnendynamik. Da von Seiten der Arbeitsmarktpolitik, der Finanzpolitik und der Geldpolitik nicht allzu viel Linderung zu erwarten ist, kommt der Lohnpolitik eine wichtige Rolle zu.

*Verminderung  
des Reallohns  
und seine  
Wirkung auf die  
Arbeitslosigkeit*

Dem Ansatz, dass Arbeitslosigkeit durch eine Verminderung des Reallohns reduziert werden kann, steht das Modell gegenüber, bei dem Unternehmen nicht nur den Reallohn, sondern auch die Absatzsituation auf dem Gütermarkt bei ihrer Arbeitsnachfrage berücksichtigen. Will man die Effekte der Lohnmoderation auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage unter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen überprüfen, stellt sich auch die Frage: Wie wirkt die durch die Politik herbeigeführte Umverteilung auf die Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage?

*Verteilungs-  
effekte einer  
Lohnsenkung*

Eine Lohnsenkung bringt folgende Umverteilung: eine Erhöhung der Gewinne der ArbeitgeberInnen und eine Einkommensminderung auf Seiten der ArbeitnehmerInnen, während die öffentlichen Haushalte – einerseits durch den Entgang von Lohnsteuern und Sozialabgaben, andererseits durch ein Mehraufkommen aus den Unternehmenssteuern – in unterschiedlicher Weise davon betroffen sind, wobei per Saldo allerdings eine Minderung resultiert, die bei den sozialen Sicherungs-



systemen anfällt. Wie sich diese Änderung in der Einkommenssituation auf die Gesamtnachfrage auswirkt, hängt vom Verhältnis der zusätzlichen Investitionen und Konsumausgaben der Unternehmerhaushalte zu den Minderausgaben der Arbeitnehmerhaushalte und denen des Staates ab. Für einen positiven Effekt auf die Gesamtnachfrage wäre also eine deutliche Erhöhung der Unternehmensausgaben (trotz eines Rückgangs der Nachfrage der ArbeitnehmerInnen und des Staates!) notwendig. Das ist jedoch nicht zu erwarten.

*Lohnsenkung  
und Gesamt-  
nachfrage*

Auch die empirischen Befunde weisen in diese Richtung:

- Obwohl die Reallöhne in Deutschland seit 1994 nahezu durchgängig hinter dem Produktivitätsanstieg zurückgeblieben sind und sich die Arbeitseinkommensquote (Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen) rückläufig entwickelt, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen 2004 den höchsten Wert seit der deutschen Vereinigung erreichen, ist bei den Investitionsabsichten kein positiver Effekt zu beobachten.

*Lohnsenkung  
und  
Investitions-  
absichten*

- Beim Vergleich von Ländern mit – an der Entwicklung der nominellen Stundenlöhne gemessener – zurückhaltender Lohnpolitik (Deutschland und Japan) mit Ländern mit weniger zurückhaltender Lohnpolitik (Kanada, Italien, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Spanien und Vereinigte Staaten) zeigt sich, dass es bei der zweiten Gruppe durchgängig zu einem (mehr oder weniger deutlichen) Anstieg der Beschäftigung kam.

*Lohnhöhe und  
Beschäftigung*

Die oft zitierte Behauptung, dass niedrige Lohnkosten notwendig seien, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, wird mit folgenden Argumenten entkräftet:

*Lohnkosten und  
Wettbewerbs-  
fähigkeit*

- Die derzeit sehr gute deutsche Wettbewerbssituation innerhalb des Euro-Raums bliebe auch bei einer strikt an der Produktivität orientierten Lohnpolitik erhalten. Es käme allerdings – anders als bei einer Politik der Lohnzurückhaltung –

nicht mehr zu einer weiteren Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Dieser Ansatz könnte zu einem allgemeinen Lohnsenkungswettbewerb führen, der letztlich mit deflationären Effekten verbunden wäre.

- Die Arbeitskosten in den neuen EU-Mitgliedsländern liegen tatsächlich gravierend unter dem westdeutschen Niveau. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass die Kapitalabflüsse bei den Direktinvestitionen im historischen Vergleich äußerst gering sind, und wenn ein Unternehmen allein wegen der Kostenunterschiede eine Investition im Ausland vornimmt, dürfte daran eine Lohnzurückhaltung um einen Prozentpunkt kaum etwas ändern.
- Schließlich sei auf die Rolle der Wechselkurspolitik der Europäischen Zentralbank verwiesen. Grundsätzlich sollte es für eine große Notenbank keine Schwierigkeit darstellen, eine Aufwertung der eigenen Währung durch den Ankauf von US-Dollarbeständen zu verhindern, und es wäre der EZB möglich, eine Obergrenze für den Euro-Dollarkurs am Devisenmarkt zu etablieren.<sup>45</sup>

### 3.5. Die Euromemorandum-Gruppe – WirtschaftswissenschaftlerInnen wider „neoliberales Mainstream-Denken“

*Forum für  
alternative  
Wirtschafts-  
politik gegen  
Massen-  
arbeitslosigkeit,  
soziale  
Destabilisierung  
und Umwelt-  
zerstörungen*

Im Jahr 1995 wurde von europäischen WirtschaftswissenschaftlerInnen ein Forum für alternative Wirtschaftspolitik gegen Massenarbeitslosigkeit, soziale Destabilisierung und Umweltzerstörungen gegründet, welches sich gegen das „neoliberale Mainstream-Denken“ in der Ökonomie wendet. Die Arbeitsgruppe „Europäische Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa“ (Euromemorandum-Gruppe) entwickelte sich zu einem Netzwerk aus ÖkonomInnen, das dem aktuellen Ansatz in der europäischen Wirtschaftspolitik kritisch gegenübersteht und Vorschläge für eine alternative Politik ausarbeitet.<sup>46</sup>

Auf Basis der Diskussionen in einem 1996 in Brüssel abgehaltenen Workshop wurde im Mai 1997, kurz vor dem Europäischen Rat in Amsterdam, das erste Memorandum des Forums mit dem Titel „Full Employment, Social Cohesion and Equity for Europe – Alternatives to Competitive Austerity“ veröffentlicht, welches von 250 WirtschaftswissenschaftlerInnen aus den (damals) 15 EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde.<sup>47</sup> Die ersten Zeilen dieses Memorandums erscheinen im Rückblick beinahe prophetisch und werden deshalb hier zitiert:

„We are worried about the social, economic and political situation in Europe. As economists working in most of the member countries of the European Union (EU), we observe with deep concern that unemployment in our countries has risen and continues to rise to unprecedentedly – and intolerably – high levels and that economic policy is not taking energetic measures against this development. In the absence of an effective employment policy, poverty and exclusion in the EU are further increasing, exacerbating economic and social divisions, making for polarisation, leading to more inequality and injustice in society.“<sup>48</sup>

*Euromemorandum 1997: Arbeitslosigkeit wird zunehmen*

In den folgenden Jahren erschienen weitere sechs Memoranden, in denen die aktuelle wirtschaftliche und politische Situation analysiert wurde und auf Basis dessen wirtschaftspolitische Empfehlungen im Sinne der Grundsätze der Gruppe abgegeben wurden. Das jüngste Memorandum wurde im Dezember 2004 veröffentlicht und trägt den Titel „Jenseits von Lissabon – Wirtschafts- und sozialpolitische Leitlinien und Eckpunkte einer Verfassung für das europäische Gesellschaftsmodell“.

### 3.5.1. Euromemorandum 2004<sup>49</sup>

Im Jahr 2004 wurde ein kurzer wirtschaftlicher Aufschwung wieder gedämpft, sodass sich Europa weiterhin in dem schon

mehrere Jahre anhaltenden Teufelskreis aus Wachstumsschwäche, Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Ungleichheit wiederfindet.

*einseitige  
Tendenz zu  
Liberalisierung,  
Deregulierung  
und  
Privatisierung  
in Europa*

Die Lissabon-Strategie ist gescheitert. Dieser Fehlschlag beruht nicht auf einem Mangel an Umsetzung, sondern auf dem falschen politischen Ansatz, der auch in einer einseitigen Tendenz zur Liberalisierung und Deregulierung der Märkte besteht, die, ebenso wie die Welle von Privatisierungen, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der EU beschädigt.

Die Memorandum-Gruppe schlägt zur tatsächlichen Stabilisierung der europäischen Wirtschaft konkrete Maßnahmen vor, die auf Grundlage der bestehenden Verträge und der Verfassung umgesetzt werden können:

*koordiniertes  
öffentliches  
Investitions-  
programm*

- Ein koordiniertes öffentliches Investitionsprogramm in der Größenordnung von 1 % des Sozialproduktes der EU, das sind ungefähr 90 Mrd. Euro. Diese Mittel sollen in erster Linie zur Verbesserung der Verkehrs- und Telekommunikations-Infrastruktur, für ökologische Sanierungen und Umbau sowie für technologische Forschung und Entwicklung verwendet werden. Finanziert soll dieses Programm durch die Auflage von Anleihen und Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB) werden, die nicht auf die nationalen Schulden der Mitgliedsländer angerechnet werden.

*Lockerung der  
Geldpolitik*

- Lockerung der Geldpolitik durch eine weitere Senkung des Leitzinses um 50 Basispunkte auf 1,5 % und Intensivierung der Zusammenarbeit der Europäischen Zentralbank (EZB) mit anderen AkteurInnen u. a. im Rahmen eines makroökonomischen Dialogs, um einen optimalen Policy-Mix zur Festigung einer nachhaltigen Entwicklung sicherzustellen und gleichzeitig die Inflationsgefahr einzudämmen.

*Anhebung der  
Obergrenze des  
EU-Haushalts*

- Anhebung der Obergrenze des EU-Haushalts von (derzeit) 1,24 % des EU-BIP auf 5 % des EU-BIP. Dadurch können Mittel für notwendige Stabilisierungs- und Umverteilungsaufgaben gewonnen werden. Gleichzeitig sollte die Aus-

gabenstruktur erheblich in Richtung Struktur- und Sozialpolitik verändert werden, für die zusammen mehr als die Hälfte des EU-Budgets verwendet werden sollten.

- Reform der Unternehmenssteuer (volle Harmonisierung der Bemessungsgrundlage und Festsetzung eines Mindeststeuersatzes von 40 % bzw. 30 % für Länder mit einem Prokopfeinkommen von unter 75 % des EU-Durchschnitts) und Ausweitung des bereits beschlossenen Systems gegenseitiger Information über Zinseinkommen in der EU auf Dividendeneinkommen.
- Stoppen des Deregulierungswettlaufs und Rücknahme des Kommissionsvorschlags für die Vollendung des Binnenmarktes im Dienstleistungssektor. Empfehlung eines Moratoriums an die Mitgliedstaaten für weitere Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen bis zu dem Zeitpunkt, an dem eine unabhängige Überprüfung – in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht – früherer Runden von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierungen vorliegt und öffentlich diskutiert worden ist.
- Eine kritische Evaluierung der (Teil-)Privatisierung von Rentensystemen. Stärkung der öffentlichen umlagefinanzierten Rentensysteme und die Einführung von garantierten Mindestrenten. Zur Finanzierung sollten alle Arten von Einkommen herangezogen werden.
- Direkte Zahlungen an von Armut und Ausgrenzung besonders betroffene Personen aus einem Teil des größeren EU-Haushalts.
- Die Arbeitszeitrichtlinie soll nicht in die Richtung verändert werden, dass längere Arbeitszeiten leichter möglich würden. Vielmehr sollte eine Übereinstimmung darüber erreicht werden, dass die Verlängerung der Arbeitszeit kein geeigneter Weg ist, um Beschäftigung zu fördern.

*Reform der Unternehmenssteuer*

*Stoppen des Deregulierungswettlaufs*

*kritische Evaluierung der (Teil-)Privatisierung von Rentensystemen*

*keine längeren Arbeitszeiten*

#### 4. Zusammenfassung

Neoliberale Wirtschaftspolitik, von der weder die EU noch ihre Mitglieder frei sind, bewirkt – im Namen der Befreiung von

staatlichen Zwängen – hauptsächlich hohe Arbeitslosigkeit und ungleichere Verteilung. Um das politisch durchzubringen, verwenden Neoliberale taktisch-rhetorische Tricks, die es aufzudecken gilt. Die Fakten sprechen gegen sie und verlangen nach Alternativen, und auch im Theoriebereich bieten sich alternative Erklärungen und Politikempfehlungen an. Thatchers Spruch, es gäbe keine Alternative zum konservativ-liberalen Kurs, ist zu durchkreuzen: Beschäftigungswirksame Nachfrage und nachhaltiges Wachstum sind besser als wirtschaftliche „Magersucht“. Und soziale Gerechtigkeit fördert die wirtschaftspolitische Effizienz.

*Es gibt eine breite Palette von Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftspolitik.*

Dass es auch im Bereich der Wirtschaftspolitik sehr wohl Konzepte für Alternativen gibt, zeigen die Papiere fünf etablierter politischer AkteurInnen, welche sich im Einzelnen durch sorgfältige Analyse der gegenwärtigen Politik und eine Reihe konkreter Vorschläge für deren Umgestaltung auszeichnen. Die Ansätze im Überblick:

Der Lamy-Report fordert ein europäisches Modell einer effektiv sozialen Marktwirtschaft statt des Schwindeletiketts „sozial“ auf dem gängigen System einer tatsächlich eher liberalen Marktwirtschaft. Für sozialere Ergebnisse sind u. a. eine insgesamt sinnvolle Koordination der Wirtschaftspolitik und eine verstärkte Förderung privater und eine Offensive öffentlicher Investitionen notwendig.

Der Europäische Gewerkschaftsbund empfiehlt, endlich die positiven Synergien zwischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik durch einen entsprechenden Politikansatz zu nutzen. Soziale Sicherheit fördert die Produktivität, exzessive Flexibilisierung gefährdet sie.

Peter Bofinger, der „allerletzte Keynesianer“ im deutschen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, betont – unter den Voraussetzungen eines hoch bewerteten Euro, einer Budgetkonsolidierungspolitik und einer schwachen privaten Inlandsnachfrage – gerade die Lohnhöhe als positiven Faktor der Güter- und Arbeitsmarktentwicklung.

Die Bundesarbeitskammer (BAK) hebt ebenfalls die Angebotslastigkeit bzw. fehlende Nachfragebetonung der Wirtschaftspolitik hervor und setzt sie in Zusammenhang mit der ungleichen Verteilung der Modernisierungskosten und -gewinne.

Die Euromemorandum-Gruppe alternativer ÖkonomInnen erwies sich mit ihren Problemszenarien seit 1997 fast als hellseherisch und zeichnet sich mit ihrer Fundamentalkritik an der gängigen Wirtschaftstheorie (neoliberaler Mainstream) aus. Sie empfehlen, die wirtschaftspolitische Verantwortung (im Sinn des Keynesianismus) stärker auf die EU-Ebene zu heben. Es bleibt also noch eine Menge zu tun.

#### Anmerkungen:

- 1 Bartel, R., Neo-/Liberalismus und öffentliche Finanzen, in: Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich, Heft 1-2/2002, S. 26 ff.
- 2 Bartel, R., Volkswirtschaft und Staat als Firmen?, in: Kurswechsel, Heft 2/2000, S. 91 ff.
- 3 Margaret Thatcher wird mündlich immer noch zitiert mit „It has to get worse before it is going to be better“.
- 4 Der erhöhte Nutzen aller GewinnerInnen zusammen ist größer als die summierten Nutzeneinbußen der VerliererInnen.
- 5 Bartel, R., Diametric Images of the Economy, Arbeitspapier, 2000, [www.econ.jku.at/bartel/Images.pdf](http://www.econ.jku.at/bartel/Images.pdf)
- 6 Bartel, R., Beschäftigungswunder? Rahmenbedingungen, Theorie und Politik, in: WISO, Heft 1/2000, S. 41 ff.
- 7 Milanovic, B., True World Income Distribution, 1988 and 1993: First Calculations Based on Household Surveys Alone, in: The Economic Journal, Heft 1/2002, S. 51 ff., Overman, G., Puga, D., Unemployment clusters across Europe's regions and countries, in: Economic Policy, Heft 34/2002, S. 115 ff.
- 8 Statistik Austria, Statistische Nachrichten, Heft 12/2004, S. 1048
- 9 Auf der Basis von Publikationen des WIFO (zuletzt die WIFO-Prognose für 2004 und 2005 vom 1. Oktober 2004: [www.wifo.at/](http://www.wifo.at/)) zeigt die AKOÖ ([www.arbeiterkammer.com/pictures/d18/Realloehne\\_bleiben\\_zurueck\\_Oktober\\_2004](http://www.arbeiterkammer.com/pictures/d18/Realloehne_bleiben_zurueck_Oktober_2004)), dass sich die realen Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen nach Abgaben, aber ohne Transfers in Österreich von einem Indexwert von 100 im Jahr 1995 auf einen Prognosewert von 98,9 für 2004 verringerten. In OÖ machte gemäß der Statistik Austria („Integrierte Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2000“, Nov. 2003, Übersicht 2) das durchschnittliche Nettoeinkommen 97 Prozent der österreichischen Gesamtgröße aus, wobei diese relative Einkommensposition in mehr als 60 Prozent der Bezirke unter dem Österreichwert liegt und bis 82 Prozent des österreichischen Wertes hinunterreicht. An derselben Stelle wird deutlich, dass Frauen in allen oö. Bezirken jeweils einen geringeren Anteil am durchschnittlichen Nettoeinkommen der Männer aufweisen als in Österreich (Österreichwert: 60 %), und zwar bis auf 51 % hinunter.

- 10 Der Standard – online, 23.12.2004, 13:45 MEZ
- 11 Der Standard – online, 09.01.2005, 19:09 MEZ
- 12 Pointecker, M., Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut, in: Der Standard - online, 02.01.2005, 20:42 MEZ: „Wir leben in einer Welt voller Elend, Ausbeutung, Angst und Wut. Die Hälfte aller ArbeitnehmerInnen weltweit erhält täglich weniger als 1,5 Euro Einkommen für sich und ihre Familie. Die Weltarbeitsorganisation ILO registriert die höchste Zahl an ArbeitnehmerInnen in absoluter Armut, die je gemessen wurde. 20 Prozent, das sind 550 Millionen ArbeitnehmerInnen, leben von weniger als 75 Cent pro Tag, falls man das noch ein Leben nennen kann. Gleichzeitig steigt die Zahl der Arbeitslosen in der Welt, berichtet der jüngste World Employment Report der ILO. Die Marktkräfte des globalen Kapitalismus bewirken eine deutliche Verschiebung von Macht, Einkommen und Risiken. Die Konzentration von Reichtum und Macht in transnationalen Konzernen wird häufig beschrieben. Weniger beachtet wird die Verschiebung des Unternehmensrisikos zu den ArbeitnehmerInnen. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren oder keinen zu finden, und unregelmäßige Bezahlung oder Nichtbezahlung von Löhnen verringert die wirtschaftliche Sicherheit von ArbeitnehmerInnen. Verschärft wird die Unsicherheit durch den Umbau und Abbau von Systemen der sozialen Sicherheit. Wirtschaftliche Sicherheit ist jedoch – wie eine umfassende Studie der ILO herausfand – die wichtigste Voraussetzung für das Glück der Menschen. Fehlende wirtschaftliche Sicherheit gefährdet auch die Demokratie. In Lateinamerika fürchten mehr als 3 von 4 ArbeitnehmerInnen, im nächsten Jahr ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Die Mehrheit erklärt, ihnen wäre eine nicht demokratisch gewählte Regierung egal, wenn sie nur das Problem der Arbeitslosigkeit lösen könnte. (...) Weder in Österreich noch weltweit mangelt es an Produktionsmöglichkeiten. Massenarbeitslosigkeit, ungenutzte Maschinen und andere (ungenutzte; Anm. d. Vf.) Produktionsmittel verhindern die Produktion von Waren und Wohlstand. Wenn viele nichts kaufen, wird für die vielen nichts produziert. Folglich werden noch mehr arbeitslos. In Österreich sinken die Nettoreallöhne seit den 90er Jahren, der Anteil der Gewinne (und hauptsächlich des Einkommens aus Vermögen; Anm. d. Vf.) am Volkseinkommen steigt seit Ende der 70er Jahre. Österreich war noch nie so reich wie heute, doch allzu viele bemerken in ihrem Leben nichts davon. Lohnzurückhaltung und Sozialabbau unter dem Vorwand der Globalisierung brachten bisher nur Stagnation und Arbeitslosigkeit. Dabei ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas hoch, die Exporte boomen, doch die Kaufkraftschwäche der ArbeitnehmerInnen und vor allem der Arbeitslosen verhindert einen wirtschaftlichen Aufschwung und bessere Arbeitsmarktchancen. Der Sozialstaat ist finanzierbar, Umverteilung ist möglich und notwendig. Doch Österreichs Regierung geht den entgegengesetzten Weg (...). Die Schere zwischen Arm und Reich wird sich weiter öffnen. Doch wir haben ja gelernt: Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut. Sollte der Slogan nicht eher lauten: ‚Geht's uns allen gut, geht's der Wirtschaft gut?‘.“
- 13 Wirtschaftliche Offenheit eines Landes wirkt negativ auf das Inlandseinkommen, während Demokratie und Rechtspflege – welche einander wechselseitig verstärken – die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit fördern. Ein steigendes Volkseinkommen führt schließlich zu mehr Offenheit der Wirtschaftsbeziehungen: Rigobon, R., Rodrik, D., Rule of Law, Openness, and Income: Estimating the Interrelationships, in: NBER Working Papers, Heft w10750/2004



- 14 Honneth, A. (Hg.), *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, 3. Aufl., Frankfurt a. M./New York 1995
- 15 Roed, K., Hysteresis in Unemployment, in: *Journal of Economic Surveys*, Heft 4/1997, S. 389 ff., Smyth, D. J., The Effect of Hysteresis on Fluctuations in Unemployment and Inflation when Inflation Expectations are Adaptive, in: *Pacific Economic Review*, Heft 1/1999, S. 59 ff., Stanley, T. D., Does unemployment hysteresis falsify the natural rate hypothesis? A meta-regression analysis, in: *Journal of Economic Surveys*, Heft 4/2004, S. 589 ff.
- 16 Martin, P., Rogers, C. A., Long-term growth and short-term economic instability, in: *European Economic Review*, Heft 2/2000, S. 359 ff.
- 17 Hein, E., Die NAIRU – eine postkeynesianische Interpretation, in: *Intervention. Zeitschrift für Ökonomie*, Heft 1/2004, S. 43 ff.
- 18 Marterbauer, M., Elemente einer emanzipatorischen Wirtschaftspolitik, in: Gusenbauer, A. (Hg.), *Netzwerk Innovation. Zukunftsfähige Politikprojekte*, Wien 2002, S. 149 ff.
- 19 Canaletta, C. G., Arzo, P. P., Garan, M. R., Structural Change, Infrastructure and Convergence in the Regions of the European Union, in: *European Urban and Regional Studies*, Heft 2/2002, S. 115 ff.
- 20 Bunting, D., Distributional basis of aggregate consumption, in: *Journal of Post Keynesian Economics*, Heft 3/1998, S. 389 ff.
- 21 Laski, K., Thrift and Unemployment in Germany, in: *Konjunkturpolitik*, Heft 1-2/2000, S. 1 ff.
- 22 Für eine Übersicht vgl. Bartel, R., Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung, in: *WISO*, Heft 3/2003, S. 75 ff.
- 23 Blanchard, O., *Macroeconomics*, 3. Aufl., Upper Saddle River 2003, S. 182 ff.
- 24 Vgl. Ein Europa des Fortschritts – Solidarity – Prosperity – Equality – 2005–2009, Bericht an die ESP zur politischen Agenda der EU der hochrangigen Gruppe unter dem Vorsitz von Pascal Lamy, November 2004
- 25 Mitteilung der Kommission vom 11. November 2003: Eine europäische Wachstumsinitiative: Investitionen in Netze und Wissen für Wachstum und Beschäftigung – Abschlussbericht an den Europäischen Rat (KOM(2003) 690 endg.)  
Ziel dieser Initiative war eine stärkere Mobilisierung von öffentlichen und privaten Finanzierungsmitteln für Investitionen in die Transeuropäischen Netze (TEN) und in Forschung und Entwicklung. Sie umfasste ein Sofortprogramm (mit 54 vorrangigen Projekten), die Koordination von Finanzierungsinstrumenten der Gemeinschaft und die Schaffung von Anreizen durch günstige rechtliche und administrative Rahmenbedingungen.
- 26 Vgl. More and better jobs by putting social Europe at the heart of the Lisbon Strategy – Key demands from ETUC for the Lisbon mid-term review, resolution adopted by the ETUC Executive Committee in their meeting held in Brussels on 1 December 2004
- 27 Vgl. ETUC and the Lisbon Mid-Term Review: A Background Document to the Draft Resolution, Executive Committee of ETUC, Brussels, 1 December 2004
- 28 More and better jobs ..., a.a.O., S. 1
- 29 Gleichzeitig können diese Maßnahmen auch einen Produktivitätsschub durch verbesserte MitarbeiterInnenmotivation bewirken. Keineswegs dürfen sie jedoch als reine Kostensenkungsmöglichkeiten für Unternehmen interpretiert und so gehandhabt werden.

- 30 Beispielsweise sind Investitionen in Bildung eine wichtige Voraussetzung für Innovation. Gleichzeitig kann durch Bildungsförderungen für alle Arbeitnehmer Ungleichheit gelindert und somit soziale Kohäsion erhöht werden.
- 31 ETUC and the Lisbon Mid-Term Review ..., a.a.O., S. 15
- 32 More and better jobs ..., a.a.O., S. 2
- 33 Die Elimination der Haushaltsdefizite soll mittels eines erneuten „Anspringens“ der Konjunktur, aber auch durch Ausgabensenkungen bzw. „nicht getätigte“ Ausgaben zu Stande kommen. Wenn jedoch ein ausgeglichenes Budget zur Voraussetzung von Investitionen gemacht wird, könnten wichtige Chancen für die europäische Wirtschaft, sowohl was Wachstum und Beschäftigung, aber auch was Wettbewerbsfähigkeit betrifft, auf längere Sicht verspielt werden.
- 34 Im März 2000 einigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf die so genannte Lissabon-Strategie. Diese hat das Ziel, die Europäische Union bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen, „einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“, und der gleichzeitig dem Umweltschutz verpflichtet ist. Es wurde ein Bündel von Maßnahmen beschlossen, mit Hilfe derer dieses strategische Ziel verwirklicht werden sollte. Fünf Jahre später ist es an der Zeit zu überprüfen, inwieweit die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt und die damals formulierten Ziele erreicht wurden. Zu diesem Zweck wurde auf die Bitte des Europäischen Rats von der Kommission eine „Hochrangige Gruppe“ unter dem Vorsitz von Wim Kok (ehemaliger Ministerpräsident der Niederlande) eingesetzt, die als unabhängige Instanz einen Beitrag zur Halbzeitprüfung der Strategie von Lissabon leisten sollte. Gleichzeitig hatte sie den Auftrag, eine Strategie zu entwickeln, mit der die Ziele der Lissabon-Strategie für die europäischen Volkswirtschaften erreichbar werden.
- 35 Vgl. BAK-Positionspapier zum Bericht der Hochrangigen Sachverständigen-Gruppe unter dem Vorsitz von Wim Kok, „Die Herausforderungen annehmen – Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung“, Wien, Jänner 2005
- 36 BAK-Positionspapier..., a.a.O., S. 2
- 37 BAK-Positionspapier..., a.a.O., S. 4
- 38 „Digital Divide“ bezeichnet die Spaltung der Bevölkerung in zwei Gruppen: jene, die Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien haben, und jene, denen dieser Zugang nicht gegeben ist.
- 39 BAK-Positionspapier..., a.a.O., S. 4
- 40 Vgl. Der Sachverständigenrat, Text auf der Homepage des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/>
- 41 Vgl. „Der allerletzte Keynesianer“, in: Die Zeit 11/2004
- 42 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/2005, November 2004
- 43 Bofinger, P., IV. Dynamische und wettbewerbsfähige Arbeitsmärkte als Wachstumsmotoren. Eine andere Meinung, in: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/2005, November 2004, Ziffer 717 – 736

- 44 Nachfrageimpuls, den eine Volkswirtschaft durch den Austausch von Waren und Dienstleistungen mit dem Ausland erfährt (auch als Nettoexport bezeichnet).
- 45 Je mehr der Euro im Vergleich zum Dollar an Wert zunimmt, also aufgewertet wird, desto negativer wirkt sich das auf den Export der europäischen Güter aus. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Produkte wird durch den geringen Dollarkurs also sicherlich beeinträchtigt, was im Vergleich zu den Löhnen gravierender erscheint.
- 46 Vgl. Euromemorandum-Gruppe, Wirtschaftspolitik gegen Rezession und Polarisierung! Vorschläge zur Überwindung ideologischer Sterilität und politischer Blockaden, 4. Euromemorandum 2001
- 47 Vgl. Homepage der Arbeitsgruppe „Alternative Economic Policy for Europe“ (Euromemorandum-Group), <http://www.memo-europe.uni-bremen.de/euromemo/indexmem.htm>
- 48 Euromemorandum-Gruppe, Full Employment, Social Cohesion and Equity for Europe – Alternatives to Competitive Austerity, 1. Euromemorandum 1997
- 49 Vgl. Euromemorandum-Gruppe, Jenseits von Lissabon – Wirtschafts- und sozialpolitische Leitlinien und Eckpunkte einer Verfassung für das europäische Gesellschaftsmodell, 7. Euromemorandum 2004

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)